

**Für soziale Gerechtigkeit
und Demokratie
im Landkreis Aurich**

Bewegung in die Räte



www.dielinke-aurich.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Stärkung von Bürgerrechten	2
Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand	3
Im Mittelpunkt der Gesundheitsversorgung muss das Patient*innenwohl stehen	4
ÖPNV Sozial-ökologisch, Mobilität für alle	5
Sozialer Wohnungsbau in allen Kommunen – damit Wohnen für alle bezahlbar ist	6
Lohndumping auch in den Kommunen bekämpfen	7
Kultur, Vereine, Sportstätten und Feuerwehr besser fördern	8
Erinnerungskultur bewahren und ausbauen – Kein Platz für Nazis und Rassisten	9
Chancengleichheit und kostenlose Kinderbetreuung für alle	10
Bildung muss Chancengleichheit garantieren	11
Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben sichern	12
Selbstbestimmtes Leben auch im Alter ermöglichen	13
Umwelt- und Naturschutz sozial gerecht gestalten	14
Eine Landwirtschaft im Interesse von Landwirt*innen, Tieren und Umwelt	15
Tourismus mit Bedacht weiterentwickeln	16
Regionale Wirtschaftspolitik für das Gemeinwohl – Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen	17
Stadt- und Dorfentwicklung umweltverträglich weiter entwickeln	18
Wahlversprechen	19

Dieses Programm kann natürlich nicht alle unsere politischen Anliegen abbilden. Es setzt thematische Schwerpunkte, die in den nächsten fünf Jahren abgearbeitet werden sollen und für die die Handschrift der LINKEN unverzichtbar ist, damit unsere Zukunft gut werden kann. Wenn Sie zu LINKEN Inhalten, die Sie hier nicht finden, Fragen haben, freuen wir uns darüber, wenn Sie sich an uns wenden. Das gilt natürlich auch bei anderen Fragen zum Programm oder zu den Kandidatinnen und Kandidaten. Kommen Sie in das Regionalbüro Küste, Marktstraße 19 in 26603 Aurich, rufen sie uns an (0 49 41) 98 79 385 oder schicken Sie eine Mail an vorstand@dielinke-aurich.de

Am 12. September mit allen Stimmen DIE LINKE wählen, damit es im Landkreis Aurich gerecht und sozial zugeht!

Vorwort

Bereits heute ist klar, dass die Pandemie die gesellschaftliche, ökonomische und politische Lage auch im Landkreis Aurich mit seinen Kommunen spürbar verändert hat und weiter verändern wird. Viele Menschen sind durch die Krise in existenzielle Nöte geraten und soziale Ungleichheiten sind in der Krise noch deutlicher zutage getreten. Es ist noch immer nicht endgültig abzusehen, wie dramatisch die Folgen der Pandemie für die ökonomische Lage, die öffentliche Infrastruktur und Finanzen sowie das gesellschaftliche Leben am Ende sein werden. Die Krise hat die ohnehin herrschenden Probleme nochmals verstärkt und Rettungspakete wie bei der Lufthansa helfen am Ende nur den oberen Zehntausend und nicht der Breite der Bevölkerung.

Von allen staatlichen Ebenen treffen die Auswirkungen der Corona-Pandemie die Kommunen am stärksten. Steuereinnahmen brechen weg und Einnahmen aus Gebühren fallen aus. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer, eine wichtige Finanzquelle der Kommunen, sind drastisch eingebrochen. Das Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht. Hinzu kommen wachsende Aufgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich, die einen weiteren Mitteleinsatz notwendig machen. Bereits vor Corona wurde die öffentliche Infrastruktur auf Verschleiß gefahren, waren die Kommunen drastisch unterfinanziert. Wenn nicht umgesteuert wird, drohen dramatische Kürzungsrunden.

Unseren Städten und Gemeinden kommt ein besonderer Stellenwert zu. Zum einen bilden die Kommunen die Basis im föderalen Aufbau unseres politischen Systems, zum anderen sind sie der Ort, an dem demokratische Teilhabe als erstes ermöglicht wird. Nirgendwo sonst erfahren wir die Auswirkungen politischen Handelns so direkt, wie in unseren Städten und Gemeinden. Der Kampf für bessere und gerechtere Gesellschaft findet in der kommunalen Politik seinen Ausgangspunkt. Kommunalpolitik bedeutet für uns, dass wir uns einsetzen für ein gutes Leben für alle Menschen in unseren Städten und Gemeinden mit einer direkten Beteiligung der Bürger*innen für ein lebenswertes Miteinander, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit. Unser Ziel ist eine solidarische und demokratische Gestaltung unseres Gemeinwesens.

Wir treten dafür ein, dass in unserem reichen Land jeder Mensch ohne Armut und ohne Angst davor leben kann. DIE LINKE. im Landkreis Aurich setzt sich mit voller Kraft dafür ein, dass jeder Mensch ein elementares Recht auf angemessene Dienstleistungen und auf eine Infrastruktur hat, welche das Prädikat „LEBENSWERT“ auch wirklich verdient.

Dazu zählen nicht zuletzt die soziale Absicherung, Zugang zu hochwertiger Bildung und zu Möglichkeiten der Freizeitgestaltung sowie ein sicheres und gepflegtes Wohn- und Lebensumfeld. Hierin sehen wir die vordringliche Aufgabe des Kreises mit seinen Städten und Gemeinden. Die letzten Monate haben gezeigt, wie wichtig gerade diese Punkte sind.

Wir fordern, dass Menschen mit geringen und mittleren Einkommen nicht die Kosten für diese Krise zahlen sollen, weder durch Kürzungen von sozialen Leistungen (z. B. Streichung von Beratungsangeboten) noch durch Erhöhungen von Gebühren, Abgaben oder Steuern für kommunale Dienstleistungen auf Kreis- oder städtischer Ebene sowie kultureller Teilhabe.

Schon jetzt wird in unserem unmittelbaren Umfeld deutlich, dass die Auswirkungen der Krise gravierend sind. Hier muss gegengesteuert werden. Unsere Arbeit findet innerhalb und außerhalb des Parlamentes statt; Bürger*inneninitiativen und ähnliches sind nötig, um genügend Druck aufzubauen. DIE LINKE. wird sich an solchen Initiativen beteiligen und diese unterstützen.

DIE LINKE. beteiligt sich nicht an einer Politik des Stellenabbaus, der Privatisierungen, der Gebührenerhöhungen und des Sozialabbaus. DIE LINKE. zeigt eine Alternative für eine andere Politik auf und setzt sich für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen ein.

Stärkung von Bürgerrechten

Die Möglichkeiten zur direkten Beteiligung der Menschen an der Politik vor Ort sind völlig unzureichend, so gibt es z.B. kein Petitions- oder Antragsrecht für Bürger*innen. DIE LINKE tritt für eine deutliche Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten ein. Wir wollen, dass die Menschen vor Ort durch Begehren und Entscheide mehr unmittelbaren politischen Einfluss erhalten und die Hürden dafür herabgesetzt werden. Dazu gehört auch die weitgehende Aufhebung der Geheimhaltungs-pflichten, die nach Einführung privater Rechtsformen bei den kommunalen Unternehmen die Kontrollrechte der Parlamente faktisch aushebeln. Wir treten dafür ein, dass Bürgerbegehren nicht mit juristischen Tricks ausgebremst werden.

Das zunehmende – und aner kennenswerte - ehrenamtliche Engagement in den Kommunen darf nicht dazu missbraucht werden, öffentliche Aufgaben auf die Schultern von Ehrenamtlichen abzuwälzen. Das Ehrenamt darf keine Arbeitsplätze ersetzen. Ehrenamtliche Helfer benötigen hauptamtliche Strukturen, um gut arbeiten zu können. Das bürgerschaftliche Engagement verfehlt völlig seinen Zweck, wenn den beteiligten Menschen gleichzeitig jede Mitbestimmung bei den kommunalen Entscheidungen verweigert wird.

Zu oft ist zu beobachten, dass Politik hinter verschlossenen Türen gemacht wird. Die Bevölkerung hat dabei das Gefühl, dass ‚ihre‘ gewählten Vertreter für die Dauer von Wahlperioden ohne Rückkopplung mit ihren Wählern regieren. DIE LINKE steht hingegen für Transparenz politischer Entscheidungen und Verfahren, damit die Bürgerinnen und Bürger auch vor Ort diese jederzeit nachvollziehen können.

Um diesen Anspruch die Rathäuser und das Kreishaus ‚gläserner‘ zu machen, setzen sich die LINKEN in den Gremien (Kreistag, Gemeinde-, Samtgemeinde- und Ortsräten) in den kommenden Jahren unter anderem für

- Ratsbeschlusskontrolllisten ein, die die Verwaltung zwingen, den Stand der Umsetzung gestellter Anträge mindestens zweimal im Jahr in öffentlichen Sitzungen offenzulegen. Dabei haben dann sowohl die Politik als auch interessierte Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit Nachfragen zu stellen und ggf. die Verwaltung aufzufordern, die Anträge zeitnaher zu bearbeiten
- die Bildung von öffentlich tagenden Unterausschüssen zur besseren Bürgerbeteiligung beispielsweise bei Bauvorhaben, wie dem Bau und der Nutzung von Spiel- und Sportplätzen, Schul-, KITA- und Krippenversorgung und vergleichbaren Inhalten (gemäß § 71 (1) NKommVG). Diese dienen dazu, dass interner und externer Sachverstand aus der Bevölkerung bei o.g. Verfahren beratend tätig sein kann. Mit diesem Mittel werden Entscheidungen transparenter, nachvollziehbarer und beziehen die Bedenken und Ratschläge von betroffenen Bevölkerungsgruppen besser mit ein
- die Nutzung des Mittels von Bürgerbegehren. Wir LINKE sind der Überzeugung, dass die Hürden für die Umsetzung eines Bürgerbegehrens deutlich zu hoch sind. Daher sehen wir es als LINKE als die Aufgabe der Kommunalpolitik an, selbst Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu eröffnen, über wichtige politische Entscheidungen direkt abstimmen zu können. Die kommunalen Räte sollen hierzu selbst Bürgerbegehren durchführen lassen. In den Jahren 2021 bis 2026 – dem Ende der Wahlperiode – setzt sich DIE LINKE dafür ein, dieses Verfahren zum Beispiel zunächst maximal alle zwei Jahre bei strittigen Fragen durchführen zu lassen;
- Bürgerfragestunden in öffentlichen Sitzungen, die obligatorisch direkt an die jeweiligen Tagesordnungspunkte knüpfen sollen.

Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand

DIE LINKE steht für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau der öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen.

Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Erziehung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Schaffung bezahlbaren Wohnraums, Altenpflege, öffentlicher Personennahverkehr und Wasserver- und Entsorgung sind öffentliche Aufgaben. Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen und nicht Profitwünsche privater Kapitaleigner erfüllen.

Wir sagen Nein zur weiteren Liberalisierung des Freihandels zulasten der öffentlichen Daseinsvorsorge in unseren Kommunen.

Privatisierungen haben gezeigt, dass sich die Leistungen für die Menschen vor Ort reduzieren und zugleich Arbeitsbedingungen und die Bezahlung der Beschäftigten verschlechtern. Deshalb setzen wir uns für eine Rekommunalisierung vormals privatisierter Bereiche ein.

Das weiter bestehende Interesse von Beteiligungen privater Investoren an öffentlichen Projekten (ÖPP) lehnen wir ab. Diese Projekte sollen Investoren profitable Anlagemöglichkeiten eröffnen und sind für die Kommunen im Endeffekt teurer als kommunale Lösungen, wie viele Beispiele in den vergangenen Jahren bereits belegen.

Aber auch dort, wo der Staat seine Gesellschaften, vor allem Krankenhäuser, Wohnungsbau-gesellschaften und Stadtwerke nicht privatisiert, aber dem Wettbewerb des Marktes unterwirft und so zwangsläufig zu den Methoden der Privaten greift, stellen sich die gleichen negativen Folgen ein. Mit der Kommerzialisierung sinken die Leistungen, Gebühren steigen und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten verschlechtern sich, wie sich z.B. bei den Busfahrer*innen der Kreisbahn zeigt. Um dieser Entwicklung zu begegnen, ist mehr demokratische Kontrolle notwendig.

Kommunale Betriebe müssen gegenüber allen gewählten kommunalen Mandatsträger*innen umfassend rechenschaftspflichtig werden. Transparenz, demokratische Kontrolle und Beteiligung der Bürger*innen an Entscheidungen öffentlicher Unternehmen müssen sichergestellt werden. Dazu gehört auch eine weitgehende Aufhebung der Geheimhaltungspflichten, die nach Einführung privater Rechtsformen bei den kommunalen Unternehmen die Kontrollrechte der Parlamente faktisch aushebeln.

Im Mittelpunkt der Gesundheitsversorgung muss das Patient*innenwohl stehen

Krankenhäuser dienen der Daseinsvorsorge der Bevölkerung. Sie dürfen nicht kaputtgespart werden. Durch die Übernahme von öffentlichen Kliniken durch private Betreiber ist dies jedoch die Regel. Diese müssen „kostengünstig“ funktionieren, wobei zuerst am Personal gespart wird. Die privaten Betreiber suchen sich hierfür passende Kliniken aus – und was wäre dabei interessanter als ein neu gebautes, möglichst technisch gut ausgestattetes Krankenhaus, z.B. in Georgsheil?

Auch dies ist ein Grund weshalb wir als DIE LINKE nach wie vor für die Städte Aurich und Norden und auch Emden die Beibehaltung einer internistischen und chirurgischen Notfallversorgung über 24 Stunden an allen 7 Tagen der Woche, auch nach der eventuellen Inbetriebnahme einer Zentralklinik in Georgsheil in 8 bis 10 Jahren ab heute fordern. Dies wurde zwar den Bürger*innen von den verantwortlichen Politikern von CDU und SPD für den Fall einer Schließung der bestehenden Krankenhäuser und eines Neubaus der Zentralklinik auf der „grünen Wiese“ versprochen. Wir wollen dafür sorgen, dass dieses Versprechen auch eingehalten wird. Die Pandemie, mit zeitweiser Schließung ganzer Kliniken, hat gezeigt, dass es sinnvoller ist, bei Belegung der Betten auf Ausweichmöglichkeiten in der nächsten Umgebung zurückgreifen zu können. In den Großstädten werden teils 3 – 4 Krankenhäuser, verteilt auf einzelne Stadtbezirke, vorgehalten und im Radius von 20 km um die Städte herum befinden sich weitere schnell und gut erreichbare Kliniken.

In unserer ländlichen Gegend soll den Bürgerinnen und Bürgern dieses Recht auf eine wohnortnahe medizinische Grund-, Regel- und Notfallversorgung verwehrt werden. Für den Großteil der Einwohner des Landkreises und der Stadt Emden wäre eine Zentralklinik in Georgsheil nicht innerhalb der vom Gesetzgeber vorgesehenen 30 Minuten Anfahrtszeit erreichbar. Man denke an nicht mobilisierte und auch ältere Menschen, Geringverdiener und Rentner*innen mit wenig Einkommen, denen Besuche nur schwer oder gar nicht ermöglicht würden. Eine direkte und schnelle Anfahrt aus den umliegenden kleinen Ortschaften rund um die Städte Aurich, Emden und Norden ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht möglich. Alle Bürgerinnen und Bürger der Städte müssen die Möglichkeit behalten, auf schnellstmöglichem Weg ihre wohnortnahe Klinik zu erreichen.

Aufgrund der explodierenden Baukosten der Zentralklinik und der ungesicherten Finanzierung – also ein Einfallstor für Privatisierung - hält DIE LINKE daran fest, die bestehenden drei städtischen Kliniken zu erhalten und in einem Klinikverbund neu zu organisieren. Dazu wären Sanierungen und weitere Umstrukturierungen sowie gegebenenfalls auch eine Kooperation mit anderen Kliniken erforderlich.

Für den Fall, dass die Zentralklinik gebaut wird, fordert DIE LINKE massive Verbesserungen des ÖPNV, um eine schnelle bedarfsgerechte Erreichbarkeit der Zentralklinik für alle Bürger zu gewährleisten. Dazu gehört neben dem Ausbau von Busverbindungen auch die Wiederaufnahme des Personenverkehrs auf dem Bahngleis Aurich-Emden, das direkt an der Zentralklinik vorbei führt.

ÖPNV sozial-ökologisch - Mobilität für alle

Individuelle Mobilität als wichtige Grundlage der persönlichen Entfaltung ist für alle Menschen zu sichern. Mobilität ist weit mehr als die Nutzung des motorisierten Individualverkehrs. Daher ist die konsequente Umsetzung für ein soziales und ökologisches Verkehrssystem eine zentrale Herausforderung. LINKE Verkehrspolitik umfasst stets eine starke soziale Komponente, denn Mobilität ist ein Grundrecht. Wir müssen daher dafür sorgen, dass alle Menschen vernünftig an den Öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen werden – unabhängig von ihrem Wohnort oder Geldbeutel.

Wir verteufeln nicht das Auto, gerade im ländlichen Raum wird dies auch weiterhin unverzichtbar sein. Es sollte aber - um die Innenstädte und Dörfer zu entlasten und als Beitrag für den Klimaschutz - so wenig genutzt werden wie irgend möglich. Dazu braucht es Alternativen. Mehr Platz für Fußgänger, bessere und mehr Radwege und ein starker, sozialer ÖPNV, der seinen Namen auch verdient. Die Verlagerung des Individualverkehrs auf Bus und Bahn wo immer es möglich ist unser Ziel. Wir sind überzeugt, dass damit die Verkehrswende auch im Landkreis Aurich gelingen kann.

Das Rad ist gerade in unserem Raum auf kürzeren und mittellangen Strecken eine gute Alternative zum Autoverkehr, die auch schon von vielen Bürger*innen gerne genutzt wird. Um diese Fahrten aber komfortabler und sicherer zu machen, ist es nötig die Radwege auszubauen und dies in einem Standard, der nicht in kurzer Zeit wieder an holprige Wege der Postkutschenzeit erinnert und die Radfahrer wieder auf die Fahrbahnen scheucht, wo sie mit PKWs um Platz konkurrieren.

Unsere fünf Eckpunkte für einen starken ÖPNV im Landkreis Aurich:

Zügige Umsetzung des Nahverkehrsplanes, Erweiterung des ÖPNV Angebotes und der Taktung vor allem in den Tagesrandzeiten und an den Wochenenden. Die Stärkung der Verbindungen in die Fläche ist unerlässlich. Erforderlich ist auch die Verbesserung der Anbindung von Aurich an den ÖPNV in Norden, Marienhafen und Emden. Dem letzten Zug muss ein letzter Bus nach Aurich folgen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- eine Verbesserung des Tarifangebotes
- 24-Stunden-Stadttickets für Aurich und Norden
- die Einführung von Tagestickets im VEJ, die auch wirklich den ganzen Tag genutzt werden können und nicht nur für Hin und Rückfahrt wie bisher
- die Einführung eines Sozialticket im Landkreis Aurich, das den Preis von 25 € monatlich nicht übersteigen darf.

Mittelfristig muss für die Stadt Aurich wieder ein Personenverkehr auf dem Bahngleis nach Emden eingerichtet werden. Der Landkreis und die Kommunen werden aufgefordert, entsprechende Konzepte zu entwickeln und Fördergelder zu beantragen. Ein Bahnsteig soll in den neu geplanten ZOB an der Sparkassen-Arena integriert werden. DIE LINKE befürwortet das Konzept einer Stadtbahn zwischen den Städten Aurich, Norden und Emden, die möglichst mit Wasserstoff betrieben wird.

Der bisherige Anrufbus in Aurich ist durch ein Stadtbussystem auf festen Linien abzulösen und tariflich in den VEJ zu integrieren. Entferntere Ortsteile der Stadt können sollen durch Anrufsammeltaxis angeschlossen werden. Um die Innenstadt von Aurich vom motorisierten Individualverkehr zu entlasten, ist ein besonderes Augenmerk auf die Einrichtung von P&R Parkplätzen und die Anbindung durch den Stadtbus zu richten.

Schluss mit übervollen Schulbussen! Die Corona Pandemie hat hier die gravierenden Mängel, die schon seit Jahren bekannt sind, eindrucksvoll ans Licht gebracht. Mehr Busse, mehr Personal! Unsere Kinder sollten uns das wert sein.

Langfristig will DIE LINKE erreichen, dass der ÖPNV überall gemeinwirtschaftlich organisiert wird, bestehende Unternehmen erhalten bleiben und Beschäftigte ihre Arbeitsplätze behalten.

Sozialer Wohnungsbau in allen Kommunen – damit Wohnen für alle bezahlbar ist

Kommunaler Sozialwohnungsbau ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Preisgünstiger, moderner und energiesparender Mietwohnraum ist im Landkreis und besonders in der Stadt Aurich sehr knapp. Investoren bauen keine günstigen Mietwohnungen, sondern lieber profitable Luxuswohnungen oder spekulieren mit ihrem Kapital an den Finanzmärkten.

DIE LINKE will mit kommunalen Einrichtungen wie z.B. Wohnungsbaugesellschaften oder Eigenbetrieben der Städte und Gemeinden preisgünstige Mietwohnungen bauen, kostendeckend vermieten, Altbauten sanieren und Wohnungen vermitteln.

DIE LINKE hat dem Rat der Stadt Aurich nachgewiesen, dass geförderter Sozialwohnungsbau durch die Stadt selbst zu 100 % kostendeckend möglich ist, ohne den Haushalt zu belasten. Unser Antrag dazu wurde 2020 mit nur einer fehlenden Stimme ganz knapp abgelehnt. Mit Ihrer Stimme könnte es dafür im neuen Rat eine Mehrheit geben.

Der Wohnungsbau im Landkreis Aurich muss dringend ausgeweitet werden, denn alleine Aurich braucht bis 2030 rund 1.000 neue Mietwohnungen, wobei der größte Bedarf bei Sozialwohnungen besteht. Aber auch in den anderen Kommunen ist bezahlbarer Wohnraum knapp.

Dabei müssen die Wohnungen bedarfsgerecht sein für Familien, Senioren, behinderte Menschen, Hartz IV-Empfänger, Alleinerziehende, Geringverdiener und Singles. Für die zunehmend alternde Gesellschaft wollen wir Senioren-WGs, Mehrfamilienhäuser und betreute Wohnanlagen schaffen. Wir wollen z. B. die ehemalige Bundeswehr-Kaserne umbauen zu einem modernen, grünen Stadtteil mit verschiedenen Wohnformen und vielfältigen kulturellen und sozialen Angeboten.

Für all diese Aufgaben wollen wir kommunale Wohnungsbaugesellschaften einrichten. Sie sollen mit bereitliegenden Landesfördermitteln Sozialwohnungen bauen und zu einem Mietpreis von derzeit 5,60 €/qm vermieten. Diese Wohnungsbaugesellschaften könnten zudem mit kommunalem Baulandmanagement die enormen Spekulationsgewinne bei der Umwandlung von Acker in Bauland abschöpfen und für die Gemeinschaft einsetzen. Damit könnte z.B. in neuen Baugebieten der Sozialwohnungsbau bezahlt werden.

Die Sozialwohnungen können kostendeckend finanziert und betrieben werden, staatliche Fördergelder bleiben dadurch in öffentlicher Hand und die Gemeinden und Städte vergrößern ihr kommunales Vermögen.

Und nicht unwichtig: durch viele kommunale Wohnungen würde ein Preissenkungsdruck auf private Mietwohnungen mit zu hohen Preisen entstehen, was letztlich allen Mieter*innen zugute käme. DIE LINKE wird sich in allen Kommunen, in denen sie vertreten ist, dafür eintreten.

Lohndumping auch in den Kommunen bekämpfen

Bedingt durch Ausgliederungen bzw. durch die Bildung von GmbHs unter dem Dach des Landkreises sind in der Vergangenheit Konstrukte mit dem Ergebnis einer „Zweiklassengesellschaft“ entstanden, so dass Mitarbeiter*innen für gleiche Tätigkeiten unterschiedliche Vergütungen erhalten.

Darum ist die vom Kreistag Aurich anvisierte Übernahme der Beschäftigten der Kreisvolkshochschule Norden inklusive der Beschäftigten der AUNO (Schulbegleiter*innen) in den TVöD in 2022 umzusetzen. Derzeit werden die Mitarbeiter in Norden nach einem Haustarifvertrag mit einem erheblich niedrigeren Entgelt als bei der KVHS Aurich vergütet. In Aurich findet der TVöD Anwendung. Es ist weiterhin umgehend nach Lösungen zu suchen, wie die Busfahrer*innen der Kreisbahn Aurich ebenfalls kurzfristig in einen Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes überführt werden können. Eine Tarifangleichung lediglich in Schritten über Jahre hinweg ist inakzeptabel. Denn die ungerechte Bezahlung in den zurückliegenden Jahren würde noch weitere Jahre fortgesetzt werden. Die Kreistagsfraktion hat im Frühjahr 2021 mit einem Antrag im Kreistag schnelle Ergebnisse im Sinne der Busfahrer angemahnt.

Zwar ist es der Kreistagsfraktion DIE LINKE in der jetzt zu Ende gehenden Wahlperiode gelungen, die Vergütungen der Schulbegleiter*innen spürbar zu erhöhen. Auch wurde eine bessere Bezahlung der Tagespflegeeltern von der LINKEN im Kreistag mit mehreren Anträgen immer wieder angemahnt und sorgte für mehr als ein Jahr für lebhaftere Diskussionen sowohl bei den Betroffenen als auch in der Öffentlichkeit. Mit einer am 06.05.2021 verabschiedeten neuen Satzung zur Kindertagespflege wurden zwar Verbesserungen bei der Bezahlung und bei den Arbeitsbedingungen erreicht, die Elternbeiträge wurden im Vergleich zu einer vorher verabschiedeten neuen Satzung teilweise gesenkt. Dies ist zwar noch nicht ausreichend - aber ein Etappensieg. Deshalb wird die DIE LINKE auf Nachbesserungen drängen.

Grundsätzlich ist zu gewährleisten, dass die Aufgaben der Kommunen in vollem Umfang durch unbefristete, qualifizierte, sozialversicherungspflichtige und nach Tarif vergütete Arbeitskräfte erfüllt werden. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse in den Kommunen müssen endlich der Vergangenheit angehören. Zumal sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mit angemessener Bezahlung sowohl Kaufkraft als auch Steuereinnahmen generieren. Gute Arbeitsplätze gewährleisten zudem eine Teilhabe der Menschen am öffentlichen Leben. Befristete Arbeitsverhältnisse sind generell abzulehnen, weil sie das Leben insbesondere für junge Menschen unplanbar machen.

Kultur, Vereine, Sportstätten und Feuerwehr besser fördern

Die Auswirkungen der Pandemie haben alle Menschen in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und ihnen viele Veränderungen in ihrer Alltagsgestaltung abverlangt. Die zur Bekämpfung der Pandemie notwendigen Kontaktbeschränkungen haben die Menschen gezwungen, zuhause zu bleiben. Dies hat unter anderem auch dazu geführt, dass nahezu alle kulturellen Veranstaltungen abgesagt werden mussten und das Vereinsleben – egal ob in den Sport- oder in anderen Vereinen - sehr stark beschnitten werden mussten.

Das hat zu erheblichen Einnahmeausfällen von Veranstalter*innen, der Künstler*innen und bei Sportvereinen geführt und konnte durch die sehr beschränkten Mittel von Bund und Land kaum kompensiert werden.

Im Ergebnis stehen damit auf der einen Seite Veranstalter*innen und Künstler*innen als zumeist Soloselbständige vor dem Nichts und auf der anderen Seite haben eine Vielzahl von Vereinen unter Mitglieder- und spürbaren Einnahmeverlusten in einer Größenordnung zu leiden, die mittlerweile für manche existenzgefährdend sind.

Gerade hier tragen die wenigen Veranstalter, soloselbständigen Künstler*innen und die ortsansässigen Vereine zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur im ländlichen Raum und damit einhergehend zur Erhöhung der Lebensqualität aller Menschen in erheblichem Maße bei. Für DIE LINKE ist der Erhalt einer kulturellen Infrastruktur für das Gemeinwohl von zentraler Bedeutung. Die Landkreisverwaltung und die Verwaltungen der Rathäuser in den Gemeinden sollen nach Auffassung der LINKEN die Vereine, Initiativen und soloselbständigen Künstlerinnen und Künstler in verwaltungstechnischen und rechtlichen Fragen in den kommenden fünf Jahren deutlich stärker partnerschaftlich unterstützen, als es bisher der Fall war. Auch eine verstärkte finanzielle Förderung zur Bewältigung der Folgen von Corona ist dringend notwendig.

Die Feuerwehren sind ein wichtiger Faktor für die Sicherheit und den Katastrophenschutz unserer Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Aurich. Trotzdem leiden die Wehren vielerorts an Nachwuchsmangel und am Mangel aktiver Feuerwehrleute. Dieser Entwicklung möchte DIE LINKE entgegenwirken und unterstützt die Anliegen der Feuerwehren.

DIE LINKE ergreift daher in den Kommunalparlamenten Initiativen zur Förderung

- von Sportvereinen und dem Erhalt dazugehöriger Anlagen
- der Feuerwehr – und hier speziell der Jugendfeuerwehr und weiteren Initiativen zur Gewinnung weiblicher Feuerwehrmitglieder
- von Heimatvereinen und Gedenkstätten
- von Bürgerinitiativen und Kulturgruppen
- und Unterstützung von kleinen Veranstalter*innen und soloselbständigen Künstler*innen bei der Durchführung von Veranstaltungen
- Sponsoring von regionalen Veranstaltungen in größerem Maße als bisher.

DIE LINKE ist der festen Überzeugung, dass dieses MEHR an Förderung in der Wahlperiode 2021 bis 2026 ein existentieller Baustein für den Erhalt unserer ländlichen Infrastruktur und der damit verbundenen Lebensqualität im gesamten Landkreis Aurich und seinen Gemeinden ist.

Erinnerungskultur bewahren und ausbauen – Kein Platz für Nazis und Rassisten

„Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“ Diese Aussage hat in den letzten Jahren mit dem Erstarken der AfD hin zu einer parlamentarischen Kraft wieder stärker an Bedeutung gewonnen. Gerade vor dem Hintergrund einer deutlich wachsenden Zunahme rechter Gewalt und eines erstarkendem Antisemitismus und Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft muss diese Gefahr bekämpft werden. Als LINKE werden wir in unserer Region nicht die Augen vor diesen Gefahren verschließen!

DIE LINKE sieht sich dem Antifaschismus verpflichtet und stellt sich alten und neuen Nazis sowie Rechtspopulisten – wie die AfD verharmlosend bezeichnet wird – in den Weg. Sie unterstützt antifaschistische Initiativen und Verbände und sucht Bündnisse mit ihnen. LINKE und ihre Bündnispartner werden überall dort zu finden sein, wo es gilt, Politik und Aktionen von Nazis, Rechtspopulist*innen, Antidemokrat*innen, Antisemit*innen und Rassist*innen ggf. zu stören oder zu verhindern - auf der Straße und in den Kommunalparlamenten.

Ein weiterer wichtiger Baustein und eine der Lehren aus Auschwitz sind die Bewahrung und der Ausbau der Erinnerungskultur. Im Landkreis Aurich gibt es mehr als 15 Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer des Holocaust – seien es die Hinweise auf die Existenz von jüdischen Friedhöfen oder die Hinweise auf ehemalige Synagogen in Aurich, Norden, Dornum, Norderney, die Mahnmale für das KZ-Außenlager in Engerhufe, Erinnerungen an ehemalige Widerstandskämpfer*innen, die Stolpersteine, die man vielerorts auch bei uns in Ostfriesland finden kann und anderes mehr.

Vor dem Hintergrund des 2025 anstehenden 80. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus wirkt DIE LINKE darauf hin, dass die Aktivitäten für diesen Jahrestag auch von Seiten des Landkreises und seiner Kommunen verstärkt werden. Dazu sollen

- die Schulen aufgefordert werden, entsprechende thematische Projektwochen durchzuführen;
- antifaschistische Stadtrundgänge in Aurich, Norden und Dornum angeboten werden;
- eine Gedenkschrift zu den bereits existierenden Gedenk- und Erinnerungsstätten, Widerstandskämpfer*innen, sowie zu Täter*innen (exemplarisch) unter Einbeziehung der Ostfriesischen Landschaft erstellt werden;
- neonazistische Straftaten erfasst und veröffentlicht werden;
- antifaschistische, antirassistische Initiativen fortlaufend unterstützt werden.

Für DIE LINKE ist klar: Keinen Fußbreit für Faschismus, Rassismus und Antisemitismus in unserer Gesellschaft!

Chancengleichheit und kostenlose Kinderbetreuung für alle

Kostenfreie Bildung, Betreuung und Erziehung sorgen für Chancengleichheit und eröffnen den Menschen Perspektiven. DIE LINKE tritt dafür ein, dass neben einem inzwischen kostenfreien Besuch der Kindergärten auch der Besuch von Kinderkrippen und Kinderhorte kostenfrei ermöglicht wird – wie auch das Studieren an den Universitäten und Fachhochschulen.

Auf dem Weg dahin hat DIE LINKE im Kreistag eine bessere Entlohnung der Tagespflegekräfte erreicht und in der Stadt Aurich eine sozialere Staffelung der Krippengebühren durchgesetzt und gegen die Erhöhung der Krippengebühren gestimmt.

Im Landkreis Aurich müssen Eltern bzw. Erziehungsberechtigte für die Betreuung ihrer Kinder aber sehr unterschiedliche Entgelte zahlen. Solange die absolute Kostenfreiheit für alle Bildungs- und Betreuungseinrichtungen noch nicht durchgesetzt werden kann, setzt sich die Linke dafür ein, dass die Beitragshöhe landkreisweit angepasst wird. Dabei ist darauf zu achten, dass die Staffelung der Beiträge vor dem Hintergrund sinkender Reallöhne regelmäßig angepasst wird. Kinderbetreuung darf auf keinen Fall eine Frage des Geldbeutels sein.

DIE LINKE setzt sich in den Kommunalparlamenten dafür ein, dass ein wohnortnahes und bedarfsorientiertes Kita- und Krippenangebot vorgehalten wird. Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz muss dabei ebenfalls wohnortnah gewährleistet sein. DIE LINKE setzt sich für Öffnungszeiten ein, die sicherstellen sollen, dass Eltern die Möglichkeit haben, einer Beschäftigung nachzugehen. Wir stellen uns dabei einen bedarfsorientierten Zeitkorridor vor, der auch die Tagesrandzeiten beinhaltet.

In den Kitas soll auch bei abnehmender Kinderzahl das Personal beibehalten werden, um eine bessere Betreuung der Gruppen zu gewährleisten. DIE LINKE fordert dabei, dass die Zahl der Fachkräfte deutlich erhöht wird, um die Qualität der Betreuung gewährleisten zu können. Die Kindertagespflege wurde in den letzten Jahren stetig ausgebaut und hat sich zu einer verlässlichen zweiten Säule entwickelt. Die Bezahlung der Kindertagespflegekräfte ist weiter zu verbessern, ebenfalls die Arbeitsbedingungen, zumal das sogenannte „Gute-Kita-Gesetz“ ein gesondertes Handlungsfeld „Starke Kindertagespflege“ enthält. Gemeinsam mit den Kindertagespflegekräften gelang es uns, in diesem Jahr eine erste Erhöhung ihrer Bezahlung zu erreichen.

Die Ansprüche der Qualität des Essens an den Kitas und Krippen können nicht hoch genug sein; sie müssen den Ansprüchen einer gesunden, vollwertigen Ernährung entsprechen. Das Essen ist möglichst vor Ort zuzubereiten bei Verwendung regionaler Produkte.

Für DIE LINKE ist Beteiligung ein Grundrecht von Kindern, Jugendlichen, jungen Volljährigen und ihren Familien. Die Umsetzung dieses umfangreichen Partizipationsanspruches - insbesondere in Einrichtungen und Diensten der örtlichen Jugendhilfe - sind uns ein wichtiges Anliegen. DIE LINKE fordert deshalb, dass die entwickelten Qualitätskriterien für Partizipation bzw. die entwickelten Leitlinien wie „Förderung von sozialem Engagement und Mitverantwortung“ oder „Hinleitung zur Eigenverantwortung, zu Verantwortungsbewusstsein und zur Gemeinschaftsfähigkeit“ konsequent und wahrnehmbar umgesetzt werden.

Bildung muss Chancengleichheit garantieren

DIE LINKE steht für ein anderes Schulkonzept. Statt Auslese heißt unser Prinzip individuelle Förderung. Dabei muss sichergestellt werden, dass Schulen Schüler*innen mit Beeinträchtigungen fortlaufend unterstützen. Hierfür sind zusätzliche finanzielle und personelle Mittel zu gewähren.

Inklusion' darf kein Begriff oder Synonym für Einsparungen in der Bildungspolitik werden. Die bisherigen Erfahrungen der noch bestehenden Förderschulen müssen mittelfristig in die Bildungsarbeit der bestehenden allgemeinbildenden Schulen integriert und dort genutzt werden. DIE LINKE unterstützt hierbei Initiativen für eine pädagogische Neuaufstellung der Schulangebote im Landkreis Aurich.

Alle Schulen sind personell und sachlich so auszustatten, dass an ihnen inklusiver Unterricht stattfinden kann. Kostenloses, vom Schulträger organisiertes Essen aus nachhaltigem und regionalem Anbau muss zum Standard jeder Bildungsstätte gehören.

Schulen müssen flächendeckend mit Computern und Breitbandinternetanschlüssen ausgestattet werden. Wir fordern vom Land Niedersachsen, dass es ausreichend Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrer*innen im Bereich der digitalen Lehre bereitstellt. Beschäftigungsverhältnisse von Lehrer*innen mit befristeten Verträgen und ohne Gehaltszahlung in den Ferien lehnen wir ab.

Schulen und Bildungseinrichtungen sind zudem ein Schutzraum für junge Menschen. Deshalb sind Schulen kein Ort für Lobbyisten und erst recht kein Rekrutierungsfeld für die Bundeswehr – Panzer und Militärgerät haben demzufolge auf Schulhöfen nichts zu suchen, auch nicht auf Berufsbildungsmessen. Ähnliches gilt für „Lehrmaterial“, das Unternehmen und Wirtschaftsverbände den Schulen kostenlos zur Verfügung stellen. Es beinhaltet neben den gewünschten Lerninhalten noch unerwünschte Propaganda für einseitige wirtschaftliche und soziale Interessen.

DIE LINKE setzt sich für eine Ausweitung der Schulsozialarbeit ein und fordert eine Mindestanzahl von Schulsozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen an Schulen im Landkreis Aurich.

Privatschulen stellen für uns keine geeignete Alternative zum gemeinsamen Lernen aller jungen Menschen dar, da sie die Türen für einen Großteil unserer Gesellschaft verschließen und damit einem gemeinsamen Lernen und vor allem einem voneinander Lernen junger Menschen widersprechen.

Lernen ist ein lebenslanger Prozess, daher wollen wir auch die Kreisvolkshochschule mit ihren Standorten in Aurich und Norden stärken. Sie muss finanziell besser ausgestattet werden und das Personal an beiden Standorten muss für gleiche Arbeit auch gleich bezahlt werden.

DIE LINKE setzt sich für den Erhalt von Grundschulstandorten ein. Das Angebot der verlässlichen Grundschule soll umfassende Ganztagsangebote und eine Betreuung durch pädagogische Fachkräfte bis in den Nachmittag sicherstellen.

Wir LINKE unterstützen ein langes gemeinsames Lernen. Daher lehnen wir das gegliederte und antiquierte Schulsystem ab und unterstützen den Ausbau der Integrierten Gesamtschulen im Landkreis Aurich. Die Förderung der Gymnasien soll zugunsten der Einrichtung weiterer Integrierter Gesamtschulen zurückgeschraubt werden. Unsere Kreistagsfraktion hat im vergangenen Jahr intensiv mit den Schulbegleiter*innen zusammengearbeitet und erfolgreich mit ihnen für die Erhöhung ihrer Löhne gekämpft.

DIE LINKE kritisiert die bisherige, oftmals halbherzige Politik der Mehrheiten des Kreistages und der Gemeinderäte, die im Ergebnis das gegliederte Schulsystem gestärkt hat und die Integrierten Gesamtschulen verkommen lässt.

Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben sichern

Im Mittelpunkt LINKER Politik stehen die Frage sozialer Gerechtigkeit und die Umverteilung von Reichtum von oben nach unten. Auch auf der kommunalen Ebene achtet DIE LINKE darauf, inwieweit sichergestellt ist, dass Menschen ohne einen dicken Geldbeutel oder Menschen mit Behinderungen am sozialen und kulturellen Leben teilhaben können. Gerade in der ländlichen Region mit einem verbesserungswürdigen ÖPNV ist diese Frage vor dem Hintergrund meist längerer Wege von zentraler Bedeutung. DIE LINKE setzt sich daher in den Kommunalparlamenten mit einem großen Augenmerk ein

- für Modelle für eine kostenlose Nutzung des ÖPNV für die o.g. Personengruppen. Hier kann beispielhaft die Sicherstellung der Übernahme von Kosten durch Gutscheine für den Besuch von Ärzten, Physiotherapeuten erfolgen;
- für das eben angeführte Gutscheinsystem, das sich auch auf die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen oder auf die Teilnahme am Vereinsleben übertragen ließe;
- für die Sicherstellung einer barrierefreien, möglichst kostenlosen und kurzfristigen Nutzung des ÖPNV oder von Taxis für Menschen mit Behinderungen.

Wir LINKE wissen, dass mit der Lösung einer Transportmöglichkeit zu einer Veranstaltung, Versammlung oder zu einem Arzttermin nicht das Problem der Finanzierung von Eintrittsgeldern für den Besuch von Veranstaltungen, zum Besuch von Schwimmbädern oder Museen gelöst werden kann. Für DIE LINKE ist es aber ein erster Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit für alle, um allen die Möglichkeit zu bieten, am sozialen und kulturellen Leben teilzuhaben.

Wir setzen uns zudem dafür ein, dass zum einen die öffentliche Hand ausschließlich Veranstaltungen bezuschusst, bei denen der Veranstalter einen mindestens fünfzigprozentigen Nachlass für die genannten Personengruppen zusagt. Zum anderen fordert DIE LINKE Veranstalter direkt auf, sich aus sozialer Verantwortung aktiv dafür einzusetzen, dass alle Menschen die Möglichkeit zur Teilhabe an Veranstaltungen haben.

Selbstbestimmtes Leben auch im Alter ermöglichen

Soziale Umverteilung von unten nach oben trifft gerade die ältere Bevölkerung. Unsere Bevölkerung wird älter, aber wer alte Menschen als „Kostenfaktor“ diffamiert, von Rentenlasten schwadroniert, „altersbedingte explodierende Kosten im Gesundheitswesen“ herbei redet und damit alte Menschen gegen jüngere Generationen auszuspielen versucht, ist in verletzender Weise respektlos gegenüber der Lebensleistung derjenigen, die als heutige Rentenbezieher*innen den Wohlstand erarbeitet haben, in dem wir heute leben können. Und das nur, um noch mehr Geld in die Taschen von Banken und Unternehmen der Versicherungsbranche umzuleiten.

Für den Landkreis Aurich ist das Älterwerden unserer Gesellschaft von großer Bedeutung. Denn die Bevölkerungszahl bleibt auch trotz niedriger Geburtenraten relativ stabil, weil immer mehr Menschen ihren Altersruhesitz in den Landkreis verlegen, um beispielsweise ihren Traum vom Leben in gesunder Natur im eigenen Haus nach dem Eintritt in die Rente verwirklichen zu können. Der Zuzug von Menschen, die den Kürzungen bei der Rente noch nicht zum Opfer gefallen sind oder über andere Alterseinkommen verfügen, fällt zusammen mit einer wachsenden Anzahl von Menschen, deren Rente nicht zum Leben reicht und die beim Landkreis ergänzende Grundsicherung – also Sozialhilfe im Alter – beantragen müssen.

DIE LINKE ist die politische Partei, die dies als Herausforderung für die Entwicklung einer Kompetenz-region „Gutes Leben im Alter“ und damit als Arbeitsauftrag für die politischen Gremien begreift. Deswegen wird sie sich dafür einsetzen, dass die Infrastruktur altengerecht modernisiert wird, damit alle älter werdenden Menschen selbstbestimmt und barrierefrei am sozialen und öffentlichen Leben teilnehmen können. Die dafür notwendige Schwerpunktsetzung im Bereich der Gesundheitsversorgung, der Rehabilitation und der Gerontologie ist für die öffentliche Hand auch wirtschaftlich interessant, schafft qualifizierte Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst und steigert die Attraktivität des Landkreises Aurich als Altersruhesitz.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Voraussetzungen geschaffen werden, damit alte Menschen aktiv, selbstbestimmt und in dem von ihnen gewünschten Umfeld ihren Lebensabend verbringen können, wozu beispielsweise das Zusammenleben in (generationsübergreifenden) Wohngemeinschaften, Begegnungsmöglichkeiten in Stadtteilzentren und Dorfgemeinschaftshäusern, gemeinsame Freizeitmöglichkeiten und vielfältige kulturelle Angebote oder eine altengerechte Verkehrs- und Stadtplanung gehört, die das Zusammenleben von Alt und Jung fördert. DIE LINKE will stationäre Pflegekonzepte aufbrechen zugunsten ambulanter und setzt sich für mehr Mitbestimmung in den Pflegeheimen und einer stärkeren Kontrolle privater Einrichtungen ein. Dies muss einhergehen mit guter Arbeit: Mehr Fachpersonal, das gut bezahlt wird und gute Arbeitsbedingungen vorfindet.

Umwelt- und Naturschutz sozial gerecht gestalten

In den letzten Jahren ist immer offensichtlicher geworden, dass die Zerstörung unserer Umwelt zu großen Problemen in der Natur führt. Vorher nur seltene Wetterphänomene treten häufiger auf und haben extremere Ausmaße - und das weltweit. Stürme in immenser Stärke, Dürren, die dem Wald zusetzen und den Grundwasserspiegel absinken lassen, Überschwemmungen und andere Katastrophen suchen unseren Planeten immer häufiger heim.

Schuld daran ist zum größten Teil der Mensch, der mit der Ausbeutung der Ressourcen für seine eigenen Zwecke ohne Skrupel so viel natürliche Räume zerstört, dass die Erde ihren eigens auf Leben ausgerichteten Schutz nicht mehr aufrecht erhalten kann.

Für DIE LINKE ist klar: Klimapolitik muss sozial gerecht sein, denn Ökologie und Soziales sind zwei Seiten derselben Medaille. Die ökologische Transformation muss Hand in Hand mit der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit gehen, den Menschen die Existenzängste nehmen und echte gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Die Linke unterstützt die Forderung nach Ausrufung des Klimanotstands in den Kommunen. Dabei müssen bei jeder Maßnahme der öffentlichen Hand die Auswirkungen auf das Klima untersucht und entsprechend berücksichtigt werden. Klimaschutz erfordert, ernsthafte Maßnahmen zu ergreifen und die Energie-, Verkehrs- und Agrarwende umzusetzen. Nur so kann der Klimawandel, eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen heute, gestoppt werden.

Energieeinsparungen und der Umstieg auf erneuerbare Energien müssen Hand in Hand gehen. Kommunen müssen jeden Ansatz ressourcenschonenden Verhaltens, Energiesparen und Abfallvermeidung, z.B. durch kommunale Programme für klimafreundliche Elektrogeräte für mittellose Haushalte oder Repair-Cafés unterstützen. Abfallvermeidung und richtige Entsorgung sind praktischer Klimaschutz. Projekte, die helfen, den ausufernden Verpackungsmüll zu vermeiden, sind von den Kommunen zu unterstützen. Energiewende heißt auch sparsam mit Energie umgehen.

Der Ausbau regenerativer Energien muss mit einem sorgsamem Umgang mit Energie einhergehen. Auf diesem Gebiet liegen riesige Potentiale für ein regional wirksames Wirtschaftswachstum und für gute Arbeit. Die energetische Sanierung aller öffentlichen Liegenschaften muss in den nächsten Jahren der Investitionsschwerpunkt sein, um Wasser, Heizenergie und Strom in allen Bereichen so sorgsam wie technisch möglich einzusetzen. Außerdem muss die Beratung für die Privathaushalte und Betriebe intensiviert werden und es müssen Anreize für private Sanierungsmaßnahmen in diesen Bereichen entwickelt werden. Dazu müssen mehr öffentliche Beratungsangebote durch die Kommunen eingerichtet werden. Kommunen können die Taktgeber für eine lokale Energiewende sein, wenn sie auf den Dächern aller kommunalen Gebäude thermische Solarkollektoren und Photovoltaikanlagen errichten und die Bauleitplanung entsprechend für die Bebauung für Bau- und Gewerbegebiete gleichermaßen ausrichten. Abzulehnen ist jede Form von Fracking!

Eine Landwirtschaft im Interesse von Landwirt*innen, Tieren und Umwelt

In der öffentlichen Debatte werden Natur- und Landschaftsschutz, Landwirtschaft und Tourismus meist als widerstrebende Interessen dargestellt. DIE LINKE widerspricht dieser Auffassung und strebt zum Erhalt unserer ostfriesischen Lebenswelt und zur Förderung eines nachhaltigen und sanften Tourismus die Verknüpfung der scheinbaren Widersprüche an. Schon jetzt ist ein klassischer kleiner landwirtschaftlicher Familienbetrieb nicht mehr nur „Bauer“, sondern auch Kauffrau oder Kaufmann, Rechenkünstler*in, Büroschreibkraft, Computerspezialist*in und Werbefachkraft“. Für ihre Arbeit bekommen sie wenig Geld und oft auch noch negative Stimmen und Meinungen zu hören.

Gleichzeitig erzielen vom Staat subventionierte Agrarkonzerne große Gewinne zulasten von Tieren, der Umwelt und der Menschen, die in diesem Bereich arbeiten. Diese Subventionen richten sich nach Fläche und berücksichtigen weder das Tierwohl noch die Umweltbelastung. Viele Landwirt*innen haben in den vergangenen Jahren große Flächen verloren, welche in Bau- bzw. Bauerwartungsland umgewandelt wurden. Der Bestand an Acker- und Grünflächen darf sich jedoch nicht weiter verringern.

Unsere landwirtschaftlichen Betriebe im Landkreis Aurich müssen in die Lage versetzt werden, auskömmlich zu wirtschaften. Direktvermarktung ist eine Lösung, um dem globalen Lebensmittelmarkt die Stirn zu bieten. DIE LINKE wird auf kommunaler Ebene der bäuerlichen Landwirtschaft den Rücken stärken. Durch die Kommunalpolitik der LINKEN sollen regionale Wirtschaftskreisläufe gefördert werden. Örtliche und regional begrenzte kooperative Landwirtschaft muss unterstützt werden. Bauern- und Wochenmärkte sowie andere Formen der Regionalvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sollen gefördert werden. Wir setzen uns für die Einführung eines ostfrieslandweiten regionalen Labels ein. Mit einem solchen Etikett oder Logo wären ostfriesische Produkte überall im Supermarkt sofort erkennbar.

DIE LINKE wird dafür eintreten, dass insbesondere in Küchen kommunaler Einrichtungen, in Schulen und Kindergärten sowie in den Krankenhäusern und Pflegeheimen vorrangig Produkte örtlicher Produzenten verarbeitet werden. Im Rahmen der Umstellung von Schulen auf Ganztagschulen muss dafür gesorgt sein, dass auch eigene Schulküchen eingerichtet werden. In noch existierenden Verträgen mit Cateringfirmen, die die o.a. kommunalen Einrichtungen beliefern, sind die vorrangige Nutzung regionaler Produkte und das Prinzip eines gesunden Nahrungsmittelangebotes festzuschreiben. Cateringfirmen sollten durch entsprechende Ausschreibungen dazu verpflichtet werden, auf regionale bäuerliche Produkte zu setzen. Damit soll der bäuerlichen Landwirtschaft Planungs- und Absatzsicherheit gegeben werden, ihre Zukunft auf ein stabiles Fundament gestellt werden.

DIE LINKE ist sich sicher: Maßnahmen zum Erhalt der ostfriesischen Natur und Umwelt dürfen nicht allein auf dem Rücken der Landwirt*innen ausgetragen werden. Bestrebungen für die Umstellung von Höfen auf eine ökologische Landwirtschaft im Gegensatz zur extensiven Landwirtschaft im Emsland oder im Landkreis Oldenburg werden unterstützt. Eine Voraussetzung hierfür ist eine umfassende 'Betroffenheitsanalyse', die vom Landkreis Aurich unter Einbindung der Naturschutzverbände wie dem NABU oder dem BUND, den Bauernverbänden und den Tourismusverbänden im Landkreis Aurich in Auftrag gegeben werden soll.

Tourismus mit Bedacht weiterentwickeln

Der Tourismus hat sich im Landkreis Aurich zu einem bedeutsamen Wirtschaftsfaktor entwickelt. DIE LINKE setzt sich für seine Weiterentwicklung ein, die stärker als bisher soziale und ökologische Gesichtspunkte miteinander verbindet und als Leitbild die Planungen im gesamten Landkreis zusammenführt, ein.

Auch im Tourismussektor gilt, dass wir keine Großprojekte benötigen, sondern die vorhandene Infrastruktur modernisieren müssen, so dass sie in allen Bereichen familiengerecht und barrierefrei ist und mehr Angebote im Sektor des SANFTEN Tourismus, beispielsweise für Wasser-, Radwanderer bereit hält. Dafür muss der ÖPNV durch eine Mitnahmegarantie für Fahrräder so attraktiv gestaltet werden, dass Touristen gerne auf ihr Auto verzichten, um unsere schöne Landschaft zu entdecken. Dabei ist gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels die Bahn als Teil des ÖPNV besonders in den Fokus zu nehmen. Die Erreichbarkeit der Region mit der Bahn muss für Touristen verbessert werden, insbesondere der Anschluss Aurichs und die Idee der Wiedereinrichtung einer Küstenbahn. Für DIE LINKE ist es mittelfristig unerlässlich, dass die Stadt Aurich wieder einen Bahnanschluss mit Anbindungen an die bestehenden Bahnverbindungen erhält.

Dazu gehört aber auch, das typisch ostfriesische Landschaftsbild zu bewahren und auf die Zerstörung von Wallhecken, Biotopen und Mooren zu verzichten. DIE LINKE setzt sich auch im Tourismus für gute Arbeit ein. Ein schöner Urlaub in intakter Umwelt mit attraktiven Angeboten darf niemals mit Lohndumping und schlechten Arbeitsbedingungen einhergehen.

Die Förderung des Tourismus darf nicht dazu führen, dass durch die Schaffung von immer mehr Ferienhäusern und Ferienwohnungen für die normalen Bürger*innen kein ausreichender Wohnraum mehr vorhanden ist und eine weitere Zersiedelung der Ortschaften stattfindet.

Regionale Wirtschaftspolitik für das Gemeinwohl

DIE LINKE unterstützt Bestrebungen, regionale Betriebe und Standorte zu stärken. Dabei geht es nicht um die weitere Förderung großer Unternehmen wie zum Beispiel VW, sondern um die Förderung von (beschäftigungsintensiven) Kleinbetrieben und mittelständischen Unternehmen. Diese sind bei der Auftragsvergabe der öffentlichen Hand besonders zu berücksichtigen und zu fördern. Dabei ist jedoch auch auf die Tariftreue der Betriebe zu achten.

Des Weiteren sehen wir LINKE den Erhalt genossenschaftlicher, gemeinnütziger oder des lokalen Einzelhandels und der Gastronomie als wichtige Aufgabe an. Derartige Maßnahmen tragen zur Aufrechterhaltung von lokaler Infrastruktur und einer wohnortnahen Beschäftigung bei und stärken die Identifikation mit dem eigenen Lebensumfeld.

DIE LINKE will hier zudem die lokale Landwirtschaft in den Fokus nehmen. Die Versorgung öffentlicher Einrichtungen wie den Rathäusern, Kantinen, KITAS, Krippen oder Schulen mit Produkten aus dem direkten Umland entlastet die Umwelt von langen Transportwegen und tragen zur Sicherung der landwirtschaftlichen Struktur bei. Hierzu wird DIE LINKE in der Wahlperiode 2021 – 2026 kommunalpolitische Initiativen im Kreistag und den Gemeinderäten starten und vorhandene unterstützen.

Stadt- und Dorfentwicklung umweltverträglich weiter entwickeln

Der Landkreis Aurich ist überwiegend ländlich geprägt, die Städte Aurich, Norden, und Wiesmoor bilden Zentren mit einer vielfältigen Infrastruktur. Das Straßennetz ist breit ausgebaut - wenn auch teilweise in marodem Zustand - dagegen sind Fahrradwege qualitativ und quantitativ zu verbessern, der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist besonders in den Tagesrandzeiten und am Wochenende stark verbesserungsbedürftig. Die Infrastruktur in den Dörfern bröckelt, Grundschulen, Bankfilialen und Geschäfte schließen. DIE LINKE will eine Mobilität voranbringen, die die Bewegungsfreiheit der Menschen erhält und die sowohl das Fahrrad als Verkehrsträger als auch den öffentlichen Personennahverkehr weiterentwickelt. Wir setzen uns besonders für die Mobilität von Menschen ein, die nicht Auto fahren können oder wollen.

Durch eine faire, ökologische, regionale und gentechnikfreie Landwirtschaft sollen die Lebens- und Produktionsgrundlagen der Bauern im Einklang mit Natur-, Landschafts- und Verbraucherschutz im Landkreis Aurich langfristig gesichert werden. Auch als Wirtschaftsstandort ist unser Landkreis erfolgreich.

Die Städte erfüllen die Funktion, Waren- und Dienstleistungsangebote im größeren Umfang vorzuhalten, während in den Dörfern eine Grundversorgung für die Bürger*innen vorzuhalten ist. Mit Sorge sehen wir eine Entwicklung, dass sich um die Städte herum, vor allem in Aurich, Zentren auf der sogenannten Grünen Wiese weiterentwickeln und immer mehr ausbreiten – dieses zu Lasten gerade der verbliebenen inhabergeführten Geschäfte im Zentrum der Stadt. Einer weiteren Zersiedelung der Landschaft ist Einhalt zu gebieten, während eine Eigenentwicklung der Dörfer durch eine maßvolle Bebauung sicherzustellen ist. Die Bildung von sogenannten „Dorf- und Hofläden“ ist zu unterstützen wie auch die Bildung von Wohngemeinschaften für ältere Menschen. Durch das rege Vereinsleben in den Dörfern besteht dort ein großer Zusammenhalt, es gibt so etwas wie ein starkes „WIR-Gefühl“. Grundschulstandorte sind unbedingt zu erhalten.

Wahlversprechen

DIE LINKE macht Ihnen überall dort, wo Vertreter*innen von uns gewählt wurden, überprüfbare Wahlversprechen für die Jahre 2021 – 2026:

1. Wir werden zu jedem Kapitel unseres Kommunalwahlprogramms mindestens einen Antrag im Kreistag oder in den Räten unserer Gemeinden stellen. Die veröffentlichen wir dann auch auf unserer Homepage www.dielinke-aurich.de.
2. Wir stimmen so ab, wie es unser Programm als roter Faden unserer Politik vorgibt.
3. Wir werden alle 4 - 6 Wochen eine öffentliche Sitzung der Fraktionen zur Information und Diskussion über aktuelle Themen anbieten, so dass auch Sie bei Interesse daran teilnehmen können.
4. Unsere Vertreter*innen im Kreistag und in den Räten der Gemeinden stehen Ihnen auch gerne beratend oder helfend zur Verfügung.
5. Wir werden über wichtige Entscheidungen der Räte und seiner Ausschüsse und des Kreistages, an denen wir teilnehmen konnten, künftig zeitnah auf unserer Homepage und den uns zur Verfügung stehenden sozialen Medien Bericht erstatten.
6. Wir werden mindestens alle zwei Monate an wechselnden öffentlichen Orten Bürgersprechstunden oder Stammtische anbieten, bei denen Sie uns ‚auf den Zahn fühlen können‘.
7. Als Dienstleister der Bürger*innen stellen wir gerne Anfragen für Sie an die Verwaltungen. Dabei ist es uns wichtig, dass wir die Quelle der Anfrage nennen, damit Sie nicht das Gefühl haben, von uns instrumentalisiert zu werden.

DIE LINKE. Kreisverband Aurich
Marktstraße 19
26603 Aurich
Telefon (0 49 41) 98 79 385
kreisvorstand@dielinke-aurich.de
www.dielinke-aurich.de
Facebook: DIE LINKE Kreisverband Aurich
Twitter: LinkeAurich
Instagram: dielinkeaurich